



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Benennung einer, eines Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von schwulen, lesbischen, bisexuellen, transgender und intersexuellen Menschen in Bayern („Queer-Beauftragte bzw. Queer-Beauftragter“)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Beauftragte bzw. einen Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von schwulen, lesbischen, bisexuellen, transgender und intersexuellen Menschen in Bayern („Queer-Beauftragte bzw. Queer-Beauftragter“) zu benennen, die/der sich bayernweit für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt einsetzt und sämtlichen Formen der Homo- und Transphobie entgegenwirkt.

Insbesondere sind folgende Aufgaben festzuschreiben:

- Förderung des Dialogs von Politik und Verwaltung mit Vertreterinnen und Vertretern des Sports, der Jugendverbände, der Kirchen, Religion und Musik sowie Migrantinnen- und Migrantenorganisationen;
- Antigewalt- und Aufklärungsprogramme zur Akzeptanz queerer Lebensweisen;
- Sensibilisierung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden für homophob motivierte Gewalt;
- Aufbau und Pflege von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen zwischen Organisationen der queeren Community in Bayern;
- Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements für sexuelle Vielfalt und gegen homo- bzw. transphobe Diskriminierung

Begründung:

Mit der Benennung einer/eines Queer-Beauftragten der Staatsregierung bekennt sich der Freistaat zu sexueller Vielfalt und zur Akzeptanz queerer Lebensweisen. Eine Queer-Beauftragte / ein Queer-Beauftragter wird bayernweit systematisch bestehende Organisationen unterstützen und gezielte Aufklärungsprogramme aufbauen. Dies ist u.E. gerade in Bayern, in dem die Lebenswirklichkeiten von Menschen mit queeren Identitäten lange geleugnet wurden, ein längst überfälliger Schritt. Zudem ist bundesweit eine Zunahme gruppenfeindlicher Einstellungen, u.a. Homo- und Transphobie, zu verzeichnen. Die Aktivitäten von Pegida und den sogenannten „Besorgten Eltern“ sind ein klarer Beweis dafür.